

Neugier auf das Andere wecken

Deutsche Behörden und Verwaltungen tun sich oft noch immer schwer im Umgang mit Nicht-Deutschen. Doch es gibt einzelne Beispiele, die zeigen, dass es auch anders gehen kann.

Von Sebastian Haak

Es war in der Mitte der 2010er Jahre, als sich die Ausländerbehörde der Stadt Weimar auf den Weg machte, etwas anderes zu sein als eine staatliche Stelle, die das Schicksal von Menschen verwaltet, die der deutschen Sprache oft kaum mächtig sind und oft andere Sitten und Bräuche pflegen als viele Deutsche. Die Ausländerbehörde wollte „Willkommensbehörde“ werden.

Also wurde – jedenfalls kurz – Spanisch gesprochen, als das entsprechende Modellprojekt damals in der Klassikerstadt vorgestellt worden war. Kaum einer der damals Anwesenden verstand diese Sprache, sodass ihnen allen plötzlich ziemlich bewusst wurde, wie sich Nicht-Deutsche fühlen müssen, wenn sie in eine deutsche Behörde kommen, wo die Mitarbeiter nur Deutsch sprechen und sich auch sonst so verhalten, als hätten sie es mit jemandem zu tun, der eigentlich ziemlich genau wissen müsste, wie das Leben in der Bundesrepublik so verwaltet wird. Und natürlich wurde auf Goethe und Schiller verwiesen. Die beiden deutschen Dichterstärker immerhin seien doch auch Migranten gewesen seien, „als sie ihre Koffer in Weimar auspackten“, sagte Weimars damaliger Oberbürgermeister Stefan Wolf (SPD) bei dieser Gelegenheit.

Dann kam die Flüchtlingskrise von 2015/2016. Auch nach Weimar und zu der selbst ernannten Willkommensbehörde kamen plötzlich so viele Migranten wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung.

Recht oder Gemeinheit

Und nicht lange danach kam heftige Kritik ausgerechnet an der Arbeit dieser Behörde auf. Unprofessionell, unkommunikativ und manchmal geradezu unmenschlich gehe die Ausländerbehörde in Weimar mit Flüchtlingen um, hieß es immer wieder. So sehr spitzte sich derartige Kritik zu, dass der Flüchtlingsrat Thüringen in mindestens zwei Fällen 2019 und 2020 der Verwaltung vorwarf, Menschen rechtswidrig abgeschoben zu haben. Im Dezember 2019 vergab der Flüchtlingsrat sogar seinen „Preis für Gemeinheit“ an diese Ausländerbehörde – „für die Missachtung des Grundrechtes auf Schutz der Familie“ – für die Verein damals mitteilte.

Die Stadtverwaltung hat derartige Vorhalte stets zurückgewiesen. Immer wieder hieß es von dort, man setze geltendes Recht durch und handle richtig. Freilich ist das nur



Im Jahr 2013 – also noch vor der Flüchtlingskrise – hatten sich die Thüringer Behörden mit über 100 Spaniern wie Diego zu beschäftigen, die von Arbeitsvermittlern mit versprochenen Ausbildungsplätzen und Jobs in den Freistaat gelockt worden waren.

Foto: picture alliance / dpa/Marc Titt

ein Beispiel dafür, wie deutsche Behörden oft mit Migranten umgehen, die selbstverständlich nicht immer Flüchtlinge sind. Zu Migranten gehören Menschen, die vor Krieg, Gewalt, Hunger und dem Klimawandel fliehen, ebenso wie polnische Krankenschwestern, niederländische IT-Spezialisten oder polnische Logistikmitarbeiter, die in Deutschland nur allzu gerne beschäftigt werden, um etwa Päckchen großer Online-Versender an die Kunden zu bringen.

Allerdings ist das Weimarer Beispiel doch eines, das zeigt, wie sehr bei vielen deutschen Behörden und Verwaltungen – egal, ob sie zum Bund, dem Land oder den Kommunen gehören – Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen.

Sie alle wollen eigentlich Willkommensbehörden sein. Und sind allzu oft genau das nicht.

Dabei gibt es durchaus einzelne Fälle, in denen die Sache anders liegt. Fälle, in denen, in den vergangenen Jahren Verwaltungen und Behörden sich nicht nur vorgenommen haben, offen gegenüber Nicht-Deutschen zu sein. Sondern in denen das auch so gut gelungen ist, dass sie unter anderem vom Thüringer Zentrum für Interkulturelle Öffnung als beispielhaft für genau diese Öffnung gelobt werden. Das Zentrum arbeitet seit Ende 2018 als ein vom Freistaat gefördertes Pilotprojekt und will Berater für all jene sein, „die sich interkulturell weiterentwickeln möchten“, wie es in der Selbstbeschreibung des Zentrums heißt.

Positiv-Beispiel eins: die Verwal-

tung der Bauhaus-Universität Weimar. Positiv-Beispiel zwei: die Migrationsagentur des Burgenlandkreises in Sachsen-Anhalt. Wobei es bezeichnend ist, dass Vertreter beider Verwaltungen viele ganz ähnliche Dinge dazu sagen, wie nach ihren Erfahrungen Behörden und ähnliche staatliche Organisationen arbeiten müssen, um eine möglichst große Offenheit gegenüber all jenen zu zeigen, die zwar nicht in diesem Land geboren worden sind, es aber doch zu ihrer Heimat machen wollen.

Keine Pflicht, viele wollten

An der Bauhaus-Universität sind in den vergangenen fünf Jahren über ein Projekt, das sich admINT nennt, Verwaltungsmitarbeiter gezielt für Begegnungen mit Menschen nicht-deutscher Herkunft geschult worden. Nachdem an der Hochschule klar geworden sei, dass interkulturel-

Behörden sind oft weniger flexibel

Nach Einschätzung der Leiterin des admINT-Projekts der Bauhaus-Universität Weimar, Susanne Wille, zeichnet sich interkulturelle Kompetenz vor allem durch Neugier aus. „Interkulturelle Kompetenz hat letztlich ganz viel mit der Frage zu tun, wie ich mit unvorhergesehenen Situationen umgehe“, sagt sie. Solche Situationen können zum Beispiel dadurch entstehen, dass sich jemand mit seinem Gegenüber nicht verständigen könne oder dass der sich völlig anders verhalte, als man das erwartete habe. „Da ist

die Kompetenz nicht nur für die Studierenden und die Lehrenden, sondern auch für alle die Mitarbeiter im Hintergrund wichtig sind, seien ganz verschiedene Angebote für sie entwickelt worden, sagt die Leiterin des Projekts, Susanne Wille. Für Mitarbeiter seien Sprachkurse angeboten worden, sie hätten die Möglichkeiten zu Auslandsaufenthalten bekommen. Studierende hätten in kleinen Seminaren von ihren Heimatländern und -kulturen erzählt...

„All das sei wirklich gut angenommen worden, sagt Wille. Die Teilnahme an derlei Veranstaltungen sei zwar nicht verpflichtend gewesen, „aber es hat sich etwas daraus entwickelt, was viele wirklich auch machen wollten“, sagt sie. Etwa 180 der circa 400 Verwaltungsmitarbeiter der Universität hätten zwischen 2015 und 2020 an einer oder sogar an mehreren dieser Veranstaltungen teilgenommen. Dabei habe es auch

sehr geholfen, dass sich Mitarbeiter gegenseitig neugierig gemacht hätten, dass interkulturelle Kompetenz nicht von oben herab zu etwas erklärt worden sei, dass man heute eben haben muss. Sondern dass interkulturelle Kompetenz so als etwas erschienen sei, dass für alle Beteiligten bereichernd wirke. „Wir haben den Leuten immer gesagt: Wir möchten euch unterstützen und begleiten und ihr sollt selbst sagen können, was ihr tun wollt, um mehr interkulturelle Kompetenz zu erreichen.“

Nichts angeordnet

Thomas Postleb kann das nur bestätigen. Im Burgenlandkreis leitet er die Migrationsagentur, die etwa 60 Mitarbeiter hat und heute so ziemlich alle kommunalen Behörden unter einem Dach vereint, mit denen Nicht-Deutsche oft zu tun haben. Nicht nur, dass dort asyrische Fragen geklärt werden. Auch zum Beispiel über Arbeitslosengeld-II-Leistungen wird dort entschieden, Migranten wird dort bei der Suche nach Wohnraum ebenso geholfen wie bei der Suche nach Sprachkursen. Um all diese Verwaltungsleistungen unter einem Dach zu haben, sind die verschiedenen Mitarbeiter seiner Agentur inzwischen alle im gleichen Gebäudekomplex untergebracht. Das sei ein Zwei-Tages-Umzug gewesen, der nicht nur für die Ausländer, die zur Verwaltung kommen, sondern auch für die Beschäftigten vieles leichter gemacht habe, sagt Postleb.

Dass interkulturelle Kompetenzen in Verwaltungen nicht angeordnet werden könnten, sondern nur durch den Austausch zwischen den Mitarbeitern entstünden, dass sei auf jeden Fall so, sagt Postleb. So habe zwar inzwischen jeder Mitarbeiter der Agentur, „der schon länger dabei ist“, an einem Seminar oder einem Workshop zum interkulturellen miteinander teilgenommen. „Aber eben nicht, weil der Chef das angeordnet hat, sondern weil sich die Leute gegenseitig Lust darauf gemacht haben.“

Sprachkenntnisse gefragt

Sowohl Wille als auch Postleb plädieren in diesem Zusammenhang dafür, sich auch verwaltungsintern vor allem auf die Mitarbeiter zu stützen, die ein großes Interesse am Miteinander der Kulturen haben – und nicht denjenigen, die das nicht wirklich wollen, einzureden, die müssten nun interkulturelle Kompetenzen mitbringen. „Es macht keinen Sinn, mit Menschen etwas anstellen zu wollen, was die nicht wollen“, sagt Postleb. Jemandem, der ein Problem mit Ausländern habe, den werde man auch nach einem Dutzend Schulungen zur interkulturellen Kompetenz nicht von dieser Haltung abbringen, sagt er. Auch sei es oft schwierig, Menschen für das Thema Ruhestand ständen und in den vergangenen Jahrzehnten nicht oder kaum mit Nicht-Deutschen zu tun gehabt hätten. Seine Devise, sagt Postleb, sei: „Wenn jemand zum Beispiel ein Problem mit Ausländern hat, dann soll er das sagen, dann wird für ihn ein anderer Arbeitsplatz in der Verwaltung gefunden.“

Wille formuliert dessen Ansatz für das Projekt an der Bauhaus-Universität so: In die Verwaltungsmitarbeiter, die erkennbar kein Interesse am Thema Interkulturelle Öffnung hätten, habe man keine große Energie investiert. „Wir hatten nicht den Anspruch, alle mitzunehmen“, sagt sie.

Dass es jenseits dessen ein Gewinn für Verwaltungen aller Art ist, wenn Mitarbeiter dort nicht nur Deutsch und vielleicht noch – zu oft zu schlecht – ein bisschen Englisch sprechen, sondern zusätzlich so viele Sprachen und Dialekte wie irgend möglich, das versteht sich von selbst. Postleb kann nicht zufällig lange davon erzählen, wie sehr es den Nicht-Deutschen Angst nimmt und sie auch kooperativer macht, wenn sie am Einlass zu seiner Agentur nicht in Deutsch, sondern in ihrer Sprache begrüßt werden, die sie fließend und ganz selbstverständlich sprechen.

Es sei deshalb nur zu begrüßen, wenn in Zukunft noch mehr Menschen mit Migrationshintergrund und entsprechenden Sprachkenntnissen in der Verwaltung arbeiteten, sagt Postleb.

Auch das wäre ja ein Beitrag dazu, dass weniger Menschen – egal welcher Herkunft – spanisch verstehen, wenn sie mit Behörden zu tun haben.

Kolumne zur US-Wahl

Musik für die Seele

Von Anja Limperis aus New York

Manche Lieder sind wie Fotos. Wenn man sie hört, kommt die Erinnerung. „(Immer wieder wächst das) Gras“ von Gerhard Gundermann erinnert mich an mein erstes Zimmer als Studentin in Leipzig-Reudnitz. Muss ich wohl damals in Dauerschleife gespielt haben. Nur mit Kohleofen im Nachbarzimmer, musste der Herd in der Küche die Wohnung beheizen. Es war einfach immer nur sch...kalt, aber meins. Oder Lambada (von Kaoma) – das ist die letzte Klassenfahrt an der Penne, kurz vorm Westgeld, als wir einfach nur weg vom Notendress statt Stadtbesichtigungen vor allem Lambada-Polnais in der Herberge tanzten. Manche besser, manche schlechter – aber was für ein Spaß.

Oder Simple Gifts – so ein Lied, das man einmal hört und beim nächsten Wiederhören sofort aufspringt und seufzt, „Ja, das“. Mir ging es so bei Barack Obamas 1. Inauguration 2009, als Simple Gifts als Arrangement für vier Künstler – Cello, Violine,

Klarinette und Piano – gespielt wurde. Es war wunderschön. Bei Minus zwei Grad Celsius in windiger Höhe auf der Tribüne über dem Präsidenten-Balkon spielte die Pianistin damals mit Handschuhen, aus denen nur die Fingerspitzen herauschauten. Ich kann mich an keine deutsche Amtseinführung erinnern, aber an die für Barack Obama.

Ich hoffe, es wird vielleicht auch ein Lied werden, das den heutigen Staatsakt für Joe Biden und Kamala Harris zur bleibenden Erinnerung macht. Wir brauchen etwas, das nach dem Sturm auf das Kapitol den Schock aus den Knochen spült, den warmen Wasserhahn aufdreht.

Die Generalprobe zur Inauguration ist zwei Mal verschoben worden, wegen der Sicherheitslage. Und beim dritten Versuch am Montagmittag brach unter einer angrenzenden Highway-Brücke – weithin sichtbar und hörbar – ein explosionsartiges Feuer in einem Obdachlosencamp aus, so-



Anja Limperis auf der Highline in New York – für das Selfie mal kurz ohne Maske.

dass kurzfristig alle Beteiligten wieder in den Lockdown geschickt wurden. Ansonsten ist es ruhig geblieben übers Wochenende, fast gespenstisch ruhig. Bis auf die gelegentlichen Festnahmen der Trump-Fanatiker, die vom FBI gesucht werden. Die

Washington Post zählte mindestens 300 Personen per Gesichtserkennungs-Software, die mit Brachialgewalt vorgegangen waren. Bisher gab es um die 100 Verhaftungen mit Anklagen zur Volksverhetzung und Verschwörung. Erst gestern wieder eine 22-Jährige, die Nancy Pelosi Laptop aus ihrem Büro gestohlen haben soll. Ein Video zeigt die Frau, wie sie im fast herrischen Ton die Massen um sich herum die Treppen zu den Abgeordnetenbüros hinaufschickt, „die Treppen, nach oben, geht, geht.“ Sie packt die Männer an der Schulter und schiebt sie weiter, wie bei einer Feuerwehrrübung.

Trump hatte ja schon vor Wochen verkündet, er werde nicht am Festakt teilnehmen. Man schämt sich fast zu denken, so bleibt er geschickt aus der Feierlinie. Sein Vize Mike Pence wird kommen, schließlich hat er weitere politische Ambitionen. Und die Bushs, Clintons und Obamas werden da sein. Es wird nicht das gewohnte Menschenmeer auf den Wiesen

vor dem Kapitol geben. Wir werden sicher aus einer Mischung aus Freudentränen und Panik-Attacke beim Zuschauen von der Couch aus viele Kalorien verbrennen. Und Lady Gaga wird die Nationalhymne singen.

Meine kleine Tochter will mit ihrer Klasse per Zoom-Schulle die Zeremonie am Kapitol verfolgen. Statt Gesteinsküchlein zu analysieren, wollen ihre Lehrerinnen dieses historischen Ereignis gemeinsam erleben. Als am 7. Oktober 2001 George W. Bush in Afghanistan einmarschierte, luden die Lehrer in derselben Schule, damals war meine große Tochter hier als 5-Jährige, zu einem Friedenskonzert in die Aula ein. Eltern und Kinder sangen gemeinsam Beatles-Lieder, die Lehrer stellten die Band. Mir steckt jetzt noch der Kloß im Hals...

Vielleicht spielt ja heute jemand Jerusalem, Ikhtaya Lami und alle fangen an zu tanzen.

*Anja Limperis stammt aus Zella-Mehlis und hat in den 1990er-Jahren für unsere Zeitung gearbeitet. Seit 1997 lebt sie mit Mann und Familie in den USA